

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Rumänien war mit drei großen Herausforderungen konfrontiert: der inneren Befriedung nach der Staatskrise um die Absetzung des Staatspräsidenten Traian Basescu, der Überwindung der seit 2009 andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Aufbau von Vertrauen der EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten zu Rumänien.

Parlamentswahlen verändern die Parteienlandschaft

Im Jahre 2012 hatte Rumänien eine schwere politische Krise durchlaufen.¹ Nachdem die Liberaldemokratische Partei die Mehrheit im Parlament verloren hatte, wurde Victor Ponta, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat, PSD) am 27. April 2012 zum Premierminister einer neuen Regierung der Sozialliberalen Union (Uniunea Social Liberala, USL) ernannt, der neben der PSD auch die Nationalliberale Partei (Partidul National Liberal, PNL) und die Konservative Partei (Partidul Conservator, PC) angehörten. Im Eilverfahren und gelegentlich hart am Rande der Legalität peitschte diese Regierung Gesetze durchs Parlament, welche die Voraussetzungen für eine Absetzung von Staatspräsident Basescu am 29. Juli 2012 schaffen sollten. Das Referendum scheiterte, nachdem die EU-Kommission Premierminister Ponta genötigt hatte, das Referendum nach gesetzlichen Vorgaben ablaufen zu lassen, die den Verbleib Basescus im Präsidentenamt sichern würden. Trotz der Rückkehr in sein Amt büßte Staatspräsident Basescu aber erheblich an politischer Legitimation ein, auch das Ansehen seiner Liberaldemokratischen Partei, PDL, bei der Bevölkerung ging zurück. Auflösungserscheinungen und Flügelkämpfe waren die Folge. Parlamentarier, die sich der PDL in den Zeiten ihres Erfolgs angeschlossen hatten, wanderten wieder ab. Um ihren Abwärtstrend zu stoppen, gründete die PDL am 30. August 2012 im Vorgriff auf die anstehenden Parlamentswahlen das (Präsident Basescu nahestehende) Parteienbündnis Allianz (Ge-)Rechtes Rumänien (Alianta Romania Dreapta, ARD). Der ARD gehören neben der PDL die von Mihai Razvan Ungureanu geführte Bürgerkraft (Forta Civica, FC) und die zahlenmäßig bedeutungslose, aber traditionsreiche Christlich Demokratische Nationale Bauernpartei (Partidul National Taranesc Crestin si Democrat, PNTCD) an. Bei den Parlamentswahlen vom 9. Dezember 2012 erlebte sie ein Desaster: Sie erzielte nur 16,50% der Wählerstimmen bei der Abstimmung zum Abgeordnetenhaus bzw. 16,70% der Stimmen bei den Wahlen zum Senat und landete damit nur knapp vor der neuen Volkspartei – Dan Diaconescu, PP-DD, einer populistischen, von einem Fernsehmogul geführten Gruppierung mit 13,99% bzw. 14,65% der Stimmen zu beiden Häusern. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 41,76% – ein Indiz für die allgemeine Politikverdrossenheit nach der vorangegangenen Krise – errang die Sozialliberale Union (Uniunea Social – Liberala, USL) mit 58,63% bzw. 60,10% der Stimmen eine klare Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Der Ungarnverband (Uniunea Democrata a Maghiarilor din Romania, UDMR) kam auf 5,13% bzw. 5,23%.²

1 Siehe hierzu ausführlich: Anneli Ute Gabanyi: Politisches Lehrstück. Die Staatskrise in Rumänien, in: Osteuropa 9/2012, S. 15-36.

2 <http://www.evz.ro/detalii/stiri/rezultate-finale-alegeri-parlamentare-2012-usl-60-ard-16-1015412.html>.

Nach den verlorenen Parlamentswahlen gingen die Positionskämpfe im rechten Lager unvermindert weiter, wobei Staatspräsident Basescu sich in zunehmendem Maße unmittelbar in die Gestaltung der Parteienlandschaft einschaltete. Nachdem auf dem Parteitag der PDL am 23. März 2013 Basescus bevorzugten Kandidatinnen für den Vorsitz, die ehemalige Tourismusministerin Elena Udrea und die Europarlamentarierin Monica Macovei, dem langjährigen Parteifunktionär und amtierenden Senatspräsidenten Vasile Blaga unterlegen waren, wandte sich Traian Basescu von seiner langjährigen Partei PDL ab und initiierte im Juli 2013 die Gründung einer neuen Partei, der Volksbewegung (Miscarea Populara). Ihr gehören neben prominenten ehemaligen Mitgliedern der PDL auch Überläufer anderer Parteien an.

Nach den Wahlen vom Dezember nahmen aber auch im Regierungsbündnis USL die Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen zu. Politische, aber auch persönlich motivierte Kontroversen zwischen dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten Victor Ponta und dem Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei Crin Antonescu, der als Kandidat der USL in das Rennen um die Präsidentschaftswahlen Ende 2014 geschickt werden soll, werden immer heftiger in der Öffentlichkeit ausgetragen.

Im Zentrum des politischen Geschehens in Rumänien steht auch nach den Parlamentswahlen die Zusammenarbeit zwischen dem Staatspräsidenten Traian Basescu und Premierminister Victor Ponta. Noch vor Bildung der neuen Regierung unter dem designierten Premierminister Ponta unterzeichneten Staatspräsident und Premierminister am 12. Dezember 2012 ein „Abkommen über die institutionelle Zusammenarbeit“,³ worin sie die Prinzipien ihrer politischen „Kohabitation“ für den Rest der zweiten (und letzten) Amtszeit Präsident Basescus festlegten. In dem Abkommen – ein Novum in der politischen Geschichte des Landes – wurden nicht nur Grundprinzipien der Innen- und Außenpolitik Rumäniens festgeschrieben, sondern auch die Prärogativen der beiden Funktionsträger und sogar die zwischen ihnen zu beachtenden Umgangsformen. Dieses Dokument wurde den Teilnehmern am Rats-treffen der EU im Dezember 2012 vorgelegt. Trotz dieses Abkommens blieb das Verhältnis zwischen dem Staatspräsidenten und dem Premierminister aber weiterhin angespannt. Gelegentlich gab es auch schwerwiegende Kontroversen wie jene über die Verhandlungsstrategie um den Anteil Rumäniens am EU-Haushalt für den Zeitraum 2014 bis 2020. Da hatte sich Verhandlungsführer Präsident Basescu gegen Premierminister Ponta durchgesetzt und musste sich nachher den Vorwurf gefallen lassen, die Interessen des Landes nicht nachdrücklich genug vertreten zu haben. Zwar stieg darin der Gesamtanteil Rumäniens am EU-Haushalt von insgesamt 19,8 Milliarden Euro (2007 bis 2013) um 18% auf 39,8 Milliarden Euro (2014 bis 2020); Rumänien erhält jedoch, wie Ponta beklagte, mit 1.000 Euro pro Kopf der Bevölkerung nur rund halb so hohe Zuweisungen aus den EU-Fonds wie beispielsweise die Tschechische Republik (2.000 Euro/Bewohner), Ungarn (2.000 Euro/Bewohner), die Slowakei (2.200 Euro/Bewohner), Polen (1.900 Euro/Bewohner), oder Portugal (1.900 Euro/Bewohner).⁴

EU-Kommission und Mitgliedsstaaten uneins über Schengen-Beitritt

In ihrem Fortschrittsbericht⁵ vom Januar 2013 bewertete die Europäische Kommission die von Rumänien unternommenen Schritte zur Lösung der politischen Krise des Jahres 2012 überwiegend positiv, auch wenn sie monierte, dass noch nicht alle Auflagen erfüllt seien. Allerdings wurden die noch ausstehenden Personalentscheidungen wie die Neubesetzung des Postens des Ombudsmanns oder die Ausschreibung von Führungspositionen bei der General-

3 http://www.presidency.ro/static/Acord_de_colaborare.pdf.

4 <http://www.wall-street.ro/articol/Economie/155280/ponta-fonduri-europene-rata-absorbite.html>.

5 http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2013_47_de.pdf

staatsanwaltschaft und der Nationalen Antikorruptionsbehörde in der ersten Jahreshälfte 2013 getroffen. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass die Staatskrise des Jahres 2012 nicht nur die Aussichten für die Aufhebung des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus (CVM) für Rumänien vorläufig zunichte gemacht hat, sondern auch die Chancen für einen baldigen Beitritt des Landes zum Schengenraum. Seitdem sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament Rumänien (und Bulgarien) die Erfüllung aller technischen Kriterien bestätigt hatten, wurde der Schengenbeitritt nunmehr zum Gegenstand politisch motivierter Entscheidungen von einzelnen EU-Staaten.

Zuletzt sah sich die Bundesrepublik in der Rolle des Bremsers. Am Vorabend der für Anfang März 2013 geplanten Ratstagung der EU-Justiz- und Innenminister über die Schengen-Vollanwendung für Rumänien und Bulgarien kündigte Innenminister Hans-Peter Friedrich für den Fall, dass diese beiden Staaten auf einer Abstimmung bestehen sollten, vorab sein Veto an. Als Grund hierfür nannte Friedrich Schwachstellen in der Justiz dieser Länder und ungenügende Fortschritte im Kampf gegen die Korruption. Zudem brachte er als ein neues Argument den, wie er sagte, Missbrauch des Freizügigkeitsrechts von Bürgern dieser beiden Länder ins Spiel, die in Deutschland Sozialleistungen kassieren wollten. Auch der (2011 ursprünglich von Deutschland vorgelegte) Kompromissvorschlag, in einem ersten Schritt nur die Einreise über Luft- und Seehäfen freizugeben, sei „vom Tisch“. Darüber hinaus wolle er sich in Brüssel darum bemühen, dass „Sanktionen für versuchten Sozialbetrug“ verschärft und „Wiedereinreisesperren“ für bereits zurückgeschickte EU-Bürger eingeführt werden.⁶

Die rumänische Regierung verzichtete auf eine Abstimmung über den Schengen-Beitritt, um, wie Premierminister Victor Ponta sagte, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht zu belasten. Der Beitritt zum Schengen-Raum, so Ponta, gehöre fortan nicht mehr zu den Prioritäten seiner Regierung, während sein Außenminister Titus Corlatean darauf verwies, dass der Schengen-Beitrittsprozess an Glaubwürdigkeit verlieren werde, sollte nicht bald von den EU-Staaten eine korrekte Entscheidung gefällt werden.

Bei der Europäischen Kommission stieß der Innenminister Friedrich nicht nur mit seinen neu in die Schengen-Debatte eingebrachten Argumenten („Sozialbetrug“ und „Wiedereinreisesperren“) auf Widerspruch. Seitens der EU erklärte ihr Sprecher Jonathan Todd, bislang habe kein Mitgliedstaat „Probleme mit Sozialhilfetourismus“ nachgewiesen und ein Sprecher von EU-Sozialhilfekommissar László Andor betonte, bei der „angeblichen Welle von Armutsflüchtlingsen“ handele es sich „nur um eine Wahrnehmung in den Mitgliedstaaten, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.“⁷ Bei der Europäischen Kommission ist man nun offenbar bereit, deutlich zu machen, dass es aus ihrer Sicht keine rechtliche Verbindung zwischen dem Schengen-Beitritt und dem Kooperations- und Überprüfungsmechanismus (CVM) der EU gibt. Dies machte auch EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle am 13. März 2013 in seiner Ansprache im Europäischen Parlament deutlich.

Wirtschaftliche Stabilisierung nach den Parlamentswahlen

Eine positive Entwicklung nahm die wirtschaftliche Entwicklung in Rumänien. Nach einem Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 0,7% im Jahre 2012 verzeichnete Rumänien in der ersten Hälfte des Jahres 2013 ein Wirtschaftswachstum von 1,8% im Vergleich zum Vergleichszeitraum des vorhergehenden Jahres und lag damit über den prognostizierten Werten

6 <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/innenminister-friedrich-veto-gegen-aufnahme-von-bulgarien-und-rumaenien-a-886528.html>

7 <http://www.migazin.de/2013/03/11/veto-in-brussel-friedrich-verhindert-schengen-beitritt-von-bulgarien-und-rumanien/>.

von 0,3% bis 0,7%. Das Wachstum war auf einen Anstieg der Industrieproduktion sowie der Exporte (um 10,7%) bei einem Rückgang der Importe (um 0,9%) zurückzuführen. Zurzeit gehen 70% der Exporte Rumäniens in die EU, 76,4% der Importe kommen aus dem EU-Raum. Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits im Jahre 2012 erfolgte vor allem durch den erfolgreichen Verkauf von Staatsanleihen in Euro und US-Dollar auf dem freien Kapitalmarkt und dem Zufluss ausländischen Finanzkapitals; die ausländischen Direktinvestitionen schrumpften hingegen infolge der politischen Krise des Jahres 2012 stark.

Mithilfe einer strikten Fiskalpolitik konnte die Regierung das Defizit des Staatshaushalts auf 2,9% des Bruttoinlandsprodukts und damit unter die Defizitgrenze der EU absenken. Die EU schloss daraufhin Ende Mai 2013 das im Jahre 2009 eröffnete EU-Defizitverfahren für Rumänien. Die Europäische Kommission prognostiziert eine weitere Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 2,6% im Jahre 2013 und 2,4% im Jahre 2014.

Trotz der strikten Sparpolitik hatte die Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 auch Maßnahmen ergriffen, um die sozialen Härten der Austeritätspolitik der letzten Jahre auszugleichen. Die Löhne der Staatsbediensteten, die 2010 um 25% gekürzt worden waren, wurden 2012 in zwei Schritten um insgesamt 15% angehoben. Den Rentnern wurden die im Jahre 2010 einbehaltenen Krankenkassenbeträge zurückerstattet und ihre Bezüge an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst. Diese sozialen Maßnahmen konnten die realen Einkommensverluste der Bevölkerung allerdings nicht ganz wettmachen. Die im EU-Vergleich hohe Inflationsrate stieg im März 2013 auf 5,25%, sie soll jedoch im Jahresdurchschnitt auf einen Wert von 4,3% zurückgeführt werden. Die öffentlichen Schulden Rumäniens lagen Ende 2012 bei brutto 37,8% des BIP und damit erheblich unter dem EU-Referenzwert von 60%. Die Arbeitslosenrate stieg 2012 auf einen Jahreswert von 7,0%, zeigt aber dank der wirtschaftlichen Erholung im Jahre 2013 eine fallende Tendenz.

Von entscheidender Bedeutung für die Erholung der Wirtschaft war die Verbesserung der Absorptionsfähigkeit von EU-Mitteln durch die neue Regierung. Im Januar 2012 lag die Absorptionsrate Rumäniens aus EU-Mitteln für den gesamten Zeitraum 2007 bis 2013 bei nur 4%. Im Sommer 2012 stellte die EU ihre Zahlungen für Projekte unter fünf Strukturfonds ein, nachdem Unregelmäßigkeiten bei der Abwicklung der Mittel in den Jahren 2009 bis 2011 festgestellt worden waren. Die Gründe für den niedrigen Absorptionsgrad der Mittel aus den Kohäsionsfonds werden in einem schlechten Management, der mangelhaften Ausbildung der Mitarbeiter, der Knappheit der Mittel für die staatliche Ko-Finanzierung sowie mangelnder Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen gesehen. Nach den Parlamentswahlen vom Dezember 2012 besetzte der Ministerpräsident den neu geschaffenen Posten eines Ministers für EU-Fonds mit einem erfahrenen Technokraten, dem vormaligen Staatssekretär im Finanzministerium Eugen Teodorovici. Dank verbesserter gesetzlicher Regelungen und einer gezielten finanziellen Unterstützung EU-geförderter Projekte konnte die Absorptionsrate der EU-Strukturfonds in Rumänien bis zum Juli 2013 auf 20% gesteigert werden. Vertreter von IWF und EU äußerten sich zuversichtlich hinsichtlich der Chancen der weiteren Stabilisierung des Landes, wenn die angelaufenen Reformmaßnahmen unter dem Stabilitäts- und Wachstumsprogramm der EU zügig fortgesetzt werden.

Weiterführende Literatur

Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritt im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus.
Government of Romania: Convergence Program 2013 – 2016, April 2013,
International Monetary Fund: IMF Country Report No. 13/204, July 2013.